

Saale-Zeitung.

Funfundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Gepulverten Kolonien...

Erhalten täglich zweimal...

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle...

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich bei...

Herabsetzen der Redaktion Nr. 1140...

Nr. 465.

Halle a. S., Mittwoch, den 4. Oktober.

1911.

Die politischen Tugendwächter in Bedrängnis.

L. C. Die Veröffentlichung des Briefwechsels der Herren Müller-Zulda und Bebel...

Selbstverständlich unterstreicht man auf der rechten Seite die Behauptung der Zentrumspreffe...

Es ist ein nicht übles Zusammentreffen, daß dieser Briefwechsel jetzt in unseren Tagen...

eine Karte der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der „Förderer der Sozialdemokratie“...

Die Friedensaktion der Mächte.

Die Admiralität und die Federführung — das ist zweierlei. Als das Hofschweigen-Gewand auf der Reise von Wien...

Kom. 3. Okt. Offiziell wird vor allen Meldungen gemerkt, die von italienischen Operationen gegen albanesische Rückpunkte reden.

Die Bemühungen der Rabinette um eine Lokalisierung des Kampfes dauern fort. Wir verzeichnen hierzu folgendes Telegramm:

wollen, scheint gewillt, der Türkei goldene Brücken der Verständigung zu bauen...

Auch nach Berliner Informationen geminnt es mehr und mehr den Anschein, als gestalteten sich die Aussichten auf eine Verständigung über den zukünftigen Status der Dinge in Tripolis günstiger.

Die Tätigkeit des Botschafters.

Aus Berlin schreibt man der „Frankf. Ztg.“ von informierter Seite:

Wie stark auch der Wunsch aller Mächte sein mag, daß der Kriegszustand bald beendet wird, so ergibt sich doch ohne weiteres, daß eine Intervention und Friedensvermittlung im Augenblick noch aussichtslos sind.

Die Verteidigung von Tripolis.

* London, 3. Oktober.

Nach einer bereits kurz wiedergegebenen Depesche aus Malta von gestern Abend hätten die Türken und Araber begonnen, sich hinter Tripolis zu verschanzen.

Eine Seeschlacht bei Konstantinopel?

Mit allem Vorbehalt geben wir nachstehende Meldung des „Berliner Tagebl.“ bezw. der „Tribuna“, datiert Chios, 3. Oktober, wieder:

Aus Konstantinopel wird telegraphiert, daß dort anbauender Kanonenbooter in der Richtung gegen Venedig geht und daraus geschlossen worden ist, daß eine große Seeschlacht im Gange sei.

italienische Handelsdampfer von türkischen Kriegsschiffen besetzt worden sind. Die italienischen Häfen veröffentlichen ausführliche Telegramme über die italienische Haltung der Wiener Presse. Der „Corriere della Sera“ spricht von mala fides und verteidigt die italienische Regierung, die daran festhalte, auf der Balkanhalbinsel keine Vermittelung absolut zu vermeiden. Italien wolle aber von Friedensvorschlüssen nichts wissen, bevor nicht das Ziel des Krieges, zu dem es von der Türkei gewonnen wurde, erreicht sei.

Deutsches Reich.

Fangen die Verdächtigungen schon wieder an?

In London hat man den gewöhnlichen Zeitpunkt für dieselbe, um zuerst einmal eine neue Auflage aller Verdächtigungen gegen die deutsche Politik zum Stapel zu lassen. Der „Tag“ erhält folgendes Telegramm:

Der Marineberichterstatter des „Daily Telegraph“ will wissen, daß die deutsche Regierung beschlossen habe, im kommenden Winter ein Geschwader nach dem Mittel-ländischen Meer zu entsenden, das die deutsche Flagge in allen dortigen Häfen zeigen soll und wahrscheinlich in irgendwelcher Verbindung mit der österreichischen Marine treten werde. Da Deutschland gegenwärtig keinen eigenen Hafen im Mittel-ländischen Meer besitze, so würden die Schiffe im Frühling wohl nach Hause zurückkehren. Es handle sich dabei um eine neue Entwicklung der deutschen Politik, die Aufsehen erregen müsse, da Deutschland keine Besatzungen in den dortigen Gewässern habe. Bisher habe Deutschland fast seine ganze Flotte auf die nördlichen Meere konzentriert und nur ein kleines Geschwader im Stillen Ozean und einige kleine Schiffe in südamerikanischen Gewässern gehalten. Deshalb müsse das Erscheinen eines deutschen Geschwaders im Mittel-ländischen Meer als eine auffällige Veränderung der strategischen Idee betrachtet werden, die der deutschen Politik zugrunde liege. Deutschlands Stärke in den heimischen Gewässern würde unter dieser Veränderung leiden, aber das Gleichgewicht im Mittel-ländischen Meer könnte nicht unberührt bleiben. Natürlich würden dem deutschen Geschwader österreichische, vielleicht auch italienische Häfen zur Verfügung stehen, und am Ende werde dem Besuch wohl eine permanente und bedeutendere Vertretung der deutschen Seemacht im Mittel-ländischen Meer folgen.

An amtlicher Stelle in Berlin ist, wie kaum hinzuzusetzen ist, zu werden braucht, was derartigen Absichten der Reichsregierung nicht bekannt.

Bismarck und das gleiche Wahlrecht.

Im Oberhaupte der „Preussischen Jahrbücher“ behandelt Professor Hermann Onken (Heidelberg) in einem Aufsatz: Bismarck, Kaffalle und die Otrypierung des gleichen direkten Wahlrechts in Preußen während des Verfassungskonflikts“ den von Bismarck während des Streites um die Armeereorganisation erzwungenen Plan, den Widerstand des Abgeordneten-hauses dadurch zu brechen, daß er durch königliche Verordnung das Dreiklassenwahlrecht abschaffte und das gleiche, direkte Stimmrecht in Kraft setzte.

Bismarck erwartete von diesem Staatsstreich den Vorteil, daß die teils konstanten, teils von den lokalen Verhältnissen abhängigen Landbesitzer die fortschrittlichen Städte nichtbestimmen würde. Das Wahlrecht sollte öffentlich sein, so daß die bureaukratischen und aristokratischen Einflüsse auf dem flachen Lande so vollständig zur Geltung gekommen wären wie heute. Aber auch in den großen Städten glaubte Ministerpräsident v. Bismarck vermittels des Otrypierens gleichen und direkten Stimmrechts die Herrschaft des Liberalismus hart einschränken zu können. Er trat bekanntlich in Caselle in Unterhandlung, der sich bereit erklärte, im Namen der sozialdemokratischen Arbeiter das direkte, gleiche Wahlrecht freundlich entgegenzunehmen zu wollen, wenn es auch auf verfassungswidrigen Wege von dem Staatsministerium eingeführt worden sei. Die Konventionen und Sozialdemokraten sollten dann — das war der nächste Zweck, den Bismarck und Caselle mit der geplanten Verbindung untereinander verfolgten — bei den Wahlen zusammenwirkend, der fortschrittlichen Mehrheit im Abgeordnetenhaus ein Ende machen. Die Verwirklichung der Kooperation wurde zunächst verhindert durch das Bündnis Preußens mit Österreich gegen Dänemark. Dann nach 1864 Caselle v. Bismarck aber hielt aus nach dem Tode jenes Agitatoren noch eine Zeitlang an seinem Otrypierungsplan fest. Er gewann auch den Kriegsminister v. Roon dafür, und der widerstrebende König sollte dem Unternehmen geneigt gemacht werden, indem man ihm die parlamentarische Zustimmung zur American Schlesswig-Holsteins als Frucht des gleichen und direkten Stimmrechts in Aussicht stellte.

Bismarck hat dann sein Projekt doch wieder fallen lassen und dafür das gleiche Wahlrecht im Norddeutschen Bunde und dann im Reiche eingeführt. Nicht die Absicht einer Erweiterung der Wahlrechte ist für ihn in allen diesen Phasen maßgebend gewesen, sondern nur die Möglichkeit auf die eigene Machtpolitik; einmal war das gleiche Wahlrecht als Spitze gegen Österreich gedacht und dann als Mittel, um die Regierungsgewalt gegen den Liberalismus durchzusetzen.

Planung des Bundesrats.

Wie man hört, tritt der Bundesrat am Donnerstag zu einer Plenarsitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen Vorkonsumsregeln.

Sowohl ihre Befugnisse und die Verhältnisse es gestalten, sind die Gemeinden bereit, Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen. Wie aus Eisen a. d. Ruhr ein Telegramm meldet, wird die Stadtgemeinde, um der Teuerung zu begegnen, einen Großverkauf und Kleinverkauf von Seife und Rasierseife vornehmen. Um den städtischen Arbeitern und Beamten, denen infolge der Teuerung Schwierigkeiten erwachsen, Beihilfen gewähren zu können, wird ein Fonds von 30 000 Mark zur Verfügung gemacht. Für die Speisung armer Schul Kinder werden statt bisher 10 000 Mark 19 000 Mark gewährt. — In Bielefeld beschloß der städtische Finanzauschuß, bei der Regie-

rung die Aufhebung der die Vieheinfuhr unterlegenden Bestimmungen zu beantragen sowie den Verkauf von 200 000 Eesefine in eigene Regie zu nehmen.

L. C. In Bayern ist die Linke eifrig am Werke, ihre Forderungen in der Abgeordnetenversammlung zu präzisieren. Das bayerische Wahlrecht ist, wie bekannt, seitens der Regierung reformiert worden, daß es die parlamentarische Herrschaft des Zentrums auf absehbare Zeit hinaus sicher zu stellen geeignet erscheint. Die Sagende macht es begreiflich, daß man auf der Linken den dringenden Wunsch nach einer neuen Reform des Wahlrechts hegt. Vielfach wird sogar die Sozialdemokratie, die ja eigens mit dem Zentrum ein Bündnis geschlossen hatte, um ihm zu dem seine Herrschaft verbürgenden Wahlrecht zu verbessern, auch mit beratigen Wünschen inmpathischer. Abg. Dr. Casselmann hat mit Unterstützung der liberalen Vereinigung und des Abg. Grandinger den Antrag eingebracht, die Regierung um baldige Vorlegung eines Gehektentwurfes behufs Einführung der Verhältniswahl bei den Landtagswahlen zu bitten. Das würde allerdings dem Zentrum, das die Wahlweiseinteilung ganz auf seine Bedürfnisse zugeschnitten hat, schlecht genug bekommen. Einen anderen Antrag zur Verbesserung des bayerischen Parlamentarismus hat Abg. Dr. Müller-Walldorf mit derselben Unterstützung gestellt. Dieser Antrag richtet sich auf die Vorlegung eines Gehektentwurfes, der eine zeitgemäße Reform der Kammer der Reichsräte enthält; gewählte Vertreter der einzelnen Hauptberufgruppen, der freien Berufe, der Hochschulen und der Städte sollen danach sich und Stimme in jeder Kammer erhalten.

Wie man sieht, ist der Reformvorschlag ein sehr maßvoller; ob er Aussicht hat, verwirklicht zu werden, muß dahingestellt bleiben.

Parlamentarisches.

Die Reichstagsvorwürfe.

Für die erste Reichstagsperiode nach der Sommerpause hat der Präsident, wie schon kurz angedeutet, ein recht buntes Programm aufgestellt. Nicht weniger als 25 Berichte der Petitionskommission stehen auf der Tagesordnung. Die verfassungsmäßigen Probleme werden berührt. Zum Teil sind die Wünsche der Petenten als Bekannte, die man von Zeit zu Zeit gern oder ungerne wiederholt. Unter den zur Entscheidung des Reichstageskomitees gestellten Petitionen figuriert wieder das Verlangen nach der amtlichen Zulassung der Antiquarität, ferner Forderungen nach Verringerung der den Pfandbriefen, die Konzeptionserteilung und das betrügerische Einhalten betreffender Paragraphen der Gewerbeordnung, nach einer gesetzlichen Regelung des Maschinenwesens, nach Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen, nach reichsgesetzlicher Regelung der Rechtsverhältnisse der Privatangehörigen, nach Errichtung partiieller Arbeitsämter, nach einem Hüttenarbeiterbeschutze und einer Verringerung des Reklamschutzes. Bei den meisten Petitionen beantragt die Kommission Überlegung zur Tagesordnung oder Ueberweisung als Material.

Schule.

Am 3. Okt. Das Obergericht hat eine Entscheidung gefällt, wonach diejenigen Rektoren, die das Rektorsamt nicht abgelegt haben, keinen Anspruch mehr auf Amtszulage haben. Diese Entscheidung hat in den Kreisen der betroffenen Rektoren große Beunruhigung herbeigeführt, da man befürchtet, die Gemeinden würden auf Grund dieser Entscheidung die bisherigen Zulagen in Fortfall bringen. Auf Anfrage erklärte nunmehr der Kultusminister, daß die Amtszulage ohne Rücksicht auf das Examen nach wie vor zu zahlen seien, da diese Zulage solche seien, die für die Ausübung des Amtes und nicht für etwaige Prüfungen bezahlt würden.

Heer und Flotte.

Am 2. Okt. Die Mittelmeerstation ist augenblicklich durch deutsche Kriegsschiffe stark besetzt, als es in den letzten Monaten der Fall war. Dies kommt daher, daß unsere Schiffe in der Gegend von Alexandria kreuzen. Der einzige Stationär, der Spezialjagier „Korolev“, Kommandant Rotenkapitän v. Gauderer, besuchte im August Saloniki und ging über Tholos nach dem Bosporus zurück. Dem Kriegsschiffkaplan am nächsten befindet sich der Schulleitzer „Vireta“, Kapitän z. S. Sievers, der zuletzt im Hafen von Palma auf Mallorca weilte. Das Schwerkreuzer „Gonia“, Kapitän z. S. Feldt, traf von Queenstown am 17. September vor Vigo ein. Es geht ins Mittelmeer und soll mit der Vireta bis zum Anfang nächsten Jahres dort kreuzen. Als Mittelstürmer Anlaufhafen beider Schiffe ist Alexandria vorgesehen. Die „Hertha“, Fregattenkapitän v. Nagler, legt seit Dienstag, den 28. September, vor Cadix. Ihr Reiseziel ist Westindien. Unsere Schiffe sind nicht dazu bestimmt, deutsches Leben und deutsches Eigentum im Ausland zu schützen. An Bord befinden sich über 200 Seefahrten und 800 Schiffsjungen, die noch mitten in der Ausbildung stehen. Nur im äußersten Notfall werden die schwimmenden Gymnasien für den polizeilichen Dienst herangezogen.

Die Neuorganisation der Maschinenwehrgeschwader.

Der Heeresvoranschlag für das Jahr 1911 stellt verschiedene Gesetzesveränderungen in Aussicht. Folger den Bestimmungen der Trainordnung in erster Linie die Neuorganisation der Infanterie durch Aggregation von 107 Maschinenwehrgeschwadern. An Stelle der bis jetzt noch bestehenden Maschinenwehrgeschwadern treten Maschinenwehrgeschwadern, von welchen in jeder Infanteriebrigade je eine ein Regiment zugeteilt wird. Diese Kompagnien tragen die Uniform ihres Regiments und erhalten die Bezeichnung 18. Kompagnie.

Not- und Personalnachrichten.

Der Kaiser in Rominten. Der Kaiser unternahm am Montag nachmittag nach Eintreffen des Eisenbahnwärters von Preußen nach mit diesem und dem Landrat v. Gehrden eine Besichtigung der im Kreis Goldap sehr ermüdenden direkten Bahnhofs Goldap-Blindgöhlen-Schliffen. Die Kaiserin und die Prinzessin machten die Fahrt mit, die bis dicht an die russische Grenze führte.

Das Hoflager des Kronprinzen wird morgen nach Danzig-Langfuhr überföhren.

Der portugiesische Gesandte in Berlin am Dienstag mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Rabele-Wachter, um den Dank seiner Regierung für die Anerkennung

der Republik Portugal auszusprechen. Zugleich überreichte er das Schreiben, wodurch er als Gesandter der Republik Portugal bei der kaiserlichen Regierung beauftragt wird.

Einfall der Royalisten in Portugal.

Dem „Imparcial“ wird aus Santiago gemeldet: „Hiefige portugiesische Flüchtlinge erhielten Briefe, in denen mitgeteilt wird, daß der bekannte Monarchist Hauptmann Fco. Coceiro am Sonntag frühmorgens um 2 Uhr an der Spitze von vierhundert Mann in Portugal eingedrungen sei. Den Truppen Coceiros, die mit modernen Gewehren, mehreren Kanonen und handzweckigen Maschinen mit Munitionskisten ausgerüstet sind, soll sich ein Teil der Garnison von Guimaraes angeschlossen haben. Ein gestern abend hier eingegangenes Telegramm des spanischen Gesandten in Lissabon bezeugt die Nachrichten als widersprechend. Während die Monarchisten behaupteten, daß die Gegenrevolution allgemein sei, versicherten die Republikaner, daß in ganz Portugal vollkommene Ruhe herrsche. Das Abendblatt „Mundo“ meldet aus Orense, ein von der portugiesischen Grenze kommender Reisender habe erzählt, in Biana Castello sei die Monarchie ausgerufen worden. Die Garnison, bestehend aus einem Infanterieregiment und drei Batterien Artillerie, habe sich ergeben. Dasselbe sei der Fall in Figuera do Voz in unmittelbarer Nähe von Oporto. Der Zug von Oporto konnte nicht nach Valencia gelangen, da die Bahnlinie zerstört ist.

Aus Lissabon, 3. Oktober, wird ferner gemeldet:

Ueber die royalistische Bewegung im Norden und die Kämpfe, die zu ihrer Niederlage führten, werden noch interessante Einzelheiten bekannt. Im Kristallpalast zu Oporto brach aus bisher unaufgeklärter Ursache Feuer aus. Ebenfalls brannte das Gebäude des katholischen Klubs. Der Kristallpalast wurde von Monarchisten des 6. Infanterieregiments umzingelt, und es kam zu einem Kampf, bei dem auf beiden Seiten viele Verwundete gab. Beim katholischen Klub mußten die Truppen gegen die Volksmenge, welche die Schläuche der Feuerwehre zerschneiden wollte, vorgehen. Auch hier wurden viele Personen verwundet. Die Führer anderer katholischer Vereinigungen, die ebenfalls brannten, mußten vom 18. Infanterieregiment geschützt werden. In Oporto kam es auch zu einem heftigen Angriff auf das Priesterseminar, wobei sich ein Feuergefecht entpand. Die Seminaristen verteidigten sich sehr tapfer und stellten die andringende wilde Volksmenge in Schach, doch wären sie, wenn nicht rechtzeitig Militär dazugekommen wäre, schließlich wohl unterlegen und der Volkswut zum Opfer gefallen.

Ausland.

Ein diplomatisches Infant terrible.

Ueber den brasilianischen Gesandten in Paris schreibt der „Armadobote“: Ein diplomatischer Skandal, der ohne Beispiel ist, hat der frühere brasilianische Gesandte in Paris, Dr. Gabriel Viza, durch seine Telegramme an den Minister des Auswärtigen, Baron Rio Branco, heraufbeschworen. Die Beleidigungen, die der über seine Entlassung empörte Gesandte dem Minister an den Kopf wirft, sind geradezu ungläublich. Es genügt, eine kleine Mittheilung aus den langen Telegrammen wiederzugeben. Herr Viza klagt den Minister an, er habe Brasilien mit Schanden belastet und mit Schmach und Ruh(?) beehrt. Seine Intelligenz sei kumpf geworden durch die Genüsse der Tafel und übermäßigen Nikotinfumens. Er sei ein Intrigant, illonal, hinterlistig, unwürdig, müßig, ungerecht, unmoralisch, eifersüchtig, schmutzig und rachsüchtig. Weiter beklagt der Minister zu hören, er sei von unerbittlicher persönlicher Amoralität und bekannter Gemeinheit, ein ekelerregender Typ von Mensch, und gleiche einem Banditen. Es ist, als ob man einen Irrenjungen toben hört. Demgegenüber schließt sich Herr Viza selbst als demüthig (!), jähzühnend (!!), unbestechbarer Willenskraft, untadeliger Charakter, von nie schwankender Festigkeit, als ein ergebener Diener, der höchsten und edelsten menschlichen Empfindungen — Herr Viza war besonders deshalb nicht be-liebt, weil er nie ein Haus in Paris gemacht hat, sondern stets sehr sparsam wirtschaftete. Seine Landbesitze besaß er nur soweit, wie er unbedingt mußte, je er soll sie sogar durch sein wenig freundliches Wesen bei verschiedenen Gelegenheiten direkt beleidigt haben. Auch wirft man ihm vor, er habe sich, wenn es irgend möglich war, bei Festlichkeiten und anderen Gelegenheiten, wenn er mit reichen Landbesitzern zusammenkam, von diesen freihalten lassen. Dabei war Herr Viza ein recht eifriger Herr. Obwohl Republikaner und Republikan, fügte er seinem Namen Viza aus eigener Machtvollkommenheit das kleine, aber in Frankreich vielgeheißene Wörtchen „de“ bei, um so als Edelmann von Geburt gelten zu können. Außerdem soll er großen Wert darauf gelegt haben, daß sein Stammbaum bekannt wurde, den er von Herzog Alba herleitete.

12. Deutscher Meteorologentag.

S. u. H. München, den 2. Oktober 1911.

Unter dem Ehrenpräsidium der Prinzessin Theresie von Bayern, die als Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften an den Verhandlungen teilnimmt, und in Gegenwart des Prinzen Alfonso von Spanien, von Vertretern hiesiger bayerischer Ministerien, der Deutschen Wetterkarte und aller deutschen meteorologischen Gesellschaften und Institute trat heute in der Aula der Technischen Hochschule der 12. Deutsche Meteorologentag zu seinen geschäftlichen und wissenschaftlichen Beratungen zusammen.

Der Regierungsrat Dr. Solmann (Berlin) referierte über den gegenwärtigen Stand und die neueren Ergebnisse der meteorologischen Wissenschaft. Er führte aus: Die Aufgabe, daß wir in der Beurteilung des Wetters der nächstfolgenden Tage nach so weit zurück sind, hängt mit der Frage zusammen, ob es nicht richtiger wäre, das Geld, das ausgegeben werde, um die Zahl der Stationen im Inlande zu vermehren, zur Schaffung von Auslandsstationen zu verwenden. Es gebe viele Stellen der Erde, wo die meteorolo-

gische Beobachtung maßgebend sei, als auf den Stationen der Heimat. Obwohl der Viertel der Erdoberfläche von Wasser bedeckt sind, werden auf der Meeresoberfläche überhaupt nur längs der großen Schifffahrtslinien angelegt, über das übrige ungeheure Gebiet wissen wir nichts, wie z. B. von dem arktischen Gebiet, oder doch nur sehr wenig. Daraus resultiert eine Ungenauigkeit der Nivoren und Höhenmessungen. Infolge dessen werden auch die Tabellen ungenau und können als Unterlagen nichts nützen. Wir müssen Mittel verlangen, um in jedem Lande an bestimmten Orten auf effektive, aufzählende Gerichte zweckmäßig konstanten Orten auf effektive aufzählende Gerichte anzuordnen. Was die Frage nach dem Ort der Beobachtungsstationen anlangt, so ist es richtig, daß Beobachtungsstationen auf dem Lande in den ländlichen Stationen nach andere Schwierigkeiten entgegen; doch werde es offensichtlich mit der Zeit gelingen, auch Mittel für die Landstationen bereit zu stellen. Was die Beobachtungswiese betreffe, so sei diese seit dem Jahre 1901 in allen deutschen Staaten einheitlich durchgeführt. Um der ganzen Sache willen und um der Allgemeinheit zu dienen, hätten Bayern, Sachsen und die Reichsländer ihre Stationszeit aufgegeben und sich der Mannheimer Zeit angeschlossen. Möge das gute Beispiel auch in den anderen Staaten Nachahmung finden. Wenn man nun die Ergebnisse der meteorologischen Forschung der letzten Jahrzehnte verfolge, so entliege die Frage, ob nicht zu viel beobachtet und zu wenig von dem Beobachteten verarbeitet würde. Aus dem Mangel an Verarbeitung des vorliegenden Materials ergäben sich viele Lücken. Erstklassiger sind in Zentralasien, Korea und in den australischen Staaten neue Beobachtungsstationen gegründet worden, während die Tätigkeit in den länderarmen Staaten nachgelassen hat. In Afrika weisen Ägypten, Transvaal und die deutschen Kolonien vorzügliche Resultate auf. Am wichtigsten für die meteorologische Wissenschaft habe sich die von Berlin aus in die Wege geleitete Beobachtung der freien Atmosphäre durch wissenschaftliche Ballonaufstiege erwiesen. Dazu kamen dann noch die Resultate durch unbemannte Ballons und Drachenaufstiege. Mit Drahten habe man bereits eine Höhe von 6 1/2 tausend Meter erreicht. Aus diesen Aufstiegen werde die meteorologische Wissenschaft noch schönen Gewinn erzielen. Den größten Erfolg habe aber die antarktische Expedition des Grafen Zeppelin erreicht, die die Gründung von Beobachtungsstationen in den Polarregionen zeitigte. Dadurch hätte sich in ungehörter Weise unsere Kenntnis von der Antarktis und den Luftströmungen vorwärts vermehrt. Der Redner legt die Hoffnung, daß vermehrt durch die Schaffung einer großen Station in auf Ostbergen die meteorologische Forschung weiter unerschöpflich werde. Auch im Südpolarmeer bestreibe eine solche Beobachtungsstation. Redner referiert sich darin, daß die meteorologische Forschung noch viele Lücken aufweise, aber ein Vergleich mit dem Zustand vor 20 bis 30 Jahren zeigt erfreuliche Fortschritte, die sich noch vergrößern würden, wenn es gelänge, die Meeresbeobachtungen zu vermehren und das Ausland zu größerer Mitarbeit heranzuziehen.

Kasse und Umgebung.

Salte a. S. 4. Oktober.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe

wird erneut unser Stadtverordnetenkollegium beschäftigen, da der hiesige Bürgerverein in der Sache eine Eingabe an die städtischen Behörden gerichtet hat. Dazu geht uns heute eine Zuschrift zu, der wir zur allgemeinen Orientierung in der Frage folgendes entnehmen:

Durch den Beschluß des hiesigen Bürgervereins, mit einer Eingabe an die städtischen Behörden heranzutreten und erneut eine Verfüzung der Sonntagsarbeit im Handel zu verlangen, wird diese Frage wieder Gegenstand öffentlicher Besprechung. Nachdem der Magistrat eine ähnliche Eingabe des Sozialen Ausschusses in ablehnendem Sinne beantwortet hat, sieht man der Erledigung dieser erneuten Eingabe, die dieses Mal aus dem Publikum heraus und nicht von direkt daran interessierten Kreisen erfolgt, mit einiger Spannung entgegen. Daß sich der hiesige Bürgerverein dieser Angelegenheit angenommen hat, ist ein Beweis dafür, in wie weite Kreise die Antwort des Magistrats Enttäuschung getragen hat. Selbst die extremsten Gegner jeglicher Erweiterung der Sonntagsruhe hätten mit einer Einschränkung gerechnet. In allen abgehaltenen Versammlungen und Besprechungen war das Verlangen nach einer teilweise recht erheblichen Einschränkung der unzulässigen Sonntagsarbeit durchgedrungen. Daß man über das Weiterverbreitete Ansicht war, ist erklärlich. Jeder solche Meinungsverschiedenheit hilft nur eine gezielte Maßnahme hinweg! Daß diese Maßnahme wäre, hatte man allgemein gehandelt, nachdem die Stadtverordnetenversammlung im Winterprogramm die erwähnte Eingabe dem Magistrat zur Berücksichtigung überreichte hatte, woran nach das Ergehen geknüpft war, der Magistrat möge bald eine dementsprechende Vorlage ausarbeiten. Statt dessen kam vom Magistrat folgende Antwort an den Sozialen Ausschuss:

Mit Rücksicht auf den Ausfall der Verhandlungen des hiesigen Gesamt-Kaufmannsgerichts und in Anbetracht dessen, daß demnach eine reichsgesetzliche Regelung der Sonntagsruhe zu erwarten ist, haben wir beschlossen, von einer Wendung der bestehenden Bestimmungen zurzeit Abstand zu nehmen.

Die Begründung, mit der der Magistrat eine Neuverteilung der Sonntagsruhe ablehnt, fordert geradezu zum Widerspruch heraus. Es liegt fest, daß bei den Verhandlungen des Kaufmannsgerichts, das auf Ansuchen des Magistrats ein Gutachten abgegeben hatte, von den dort gestellten Anträgen der weitgehende:

„Wollige Sonntagsruhe für die Kontore und Bäden, mit Ausnahme der Lebens- und Genussmittel, Zigarren und Blumenhandlungen, die von 7—1/2 Uhr offen halten dürfen“;

angenommen wurde, daß ferner ein Vermittlungsantrag, den den Weg zur Verfüzung zeigt:

„Offenhalten der Bäden aller Branchen von 7 bis 1/2 Uhr, wollige Sonntagsruhe für die Kontore“;

ebenfalls angenommen wurde.

Ein weiterer Antrag, der ein Offenhalten der Bäden von 12—2 Uhr vorschlug und von den Besägigen gestellt wurde, die gegen die beiden ersten Anträge stimmten, bringt, wenn er auch nicht die Zustimmung der Mehrheit fand, doch den Nachweis, daß auch auf jener Seite das Verlangen nach einer Verfüzung der Sonntagsarbeit vorhanden war.

Und die zweite Begründung, der Hinweis auf die baldige reichsgesetzliche Regelung der Sonntagsruhe, ist ebenfalls ein Grund zur gegenteiligen Ansicht. Es ist allgemein bekannt, daß schon seit dem Jahre 1899 die Reichsregierung durch Ernennung ihrer Vertreter im Reichstage und in den Kom-

missionen über den Stand der Erhebungen und sonstigen Vorkarbeiten für die Gesetzesvorlage bet. Neuverteilung der Sonntagsruhe Bericht erstattete und eine Bescheinigung der Angelegenheit in Aussicht stellte, ohne daß bisher die Einbringung der Vorlage im Reichstage in greifbare Nähe gerückt wäre. Im Gegenteil: Das Reichsamt des Innern hat erst ganz neuerdings auf direkte Anfragen hin die unzureichende Erklärung abgegeben, daß bisher noch an keiner amtlichen Stelle endgültige Beschlüsse über diese Frage herbeigeführt seien und daß sich die Vorarbeiten noch nicht zu einem formulierten Entwurfe verdichtet hätten.

Die Dinge stehen also in Wirklichkeit so, daß man nach nunmehr fast zehnjährigen Erhebungen und Vorkarbeiten über das Stadium der Vorkarbeiten noch nicht hinausgelangt ist.

Die ungewichtigen Erklärungen des Reichsamtes des Innern zeigen klar, daß an ein Zustandekommen des neuen Sonntagsruhegesetzes vorab nicht zu denken ist, daß vielmehr die ortstatutarische Erweiterung der Sonntagsruhe in absehbarer Zeit der einzige Weg bleiben wird, der zu einer örtlichen Verbesserung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe führen kann.“

G. Hertz.



An unsere
geschätzten Abonnenten!

Das **Allgemeine**
Mitteldeutsche Fahrplanbuch
(Winterausgabe 1911/12)

mit Eisenbahn-Weberfahrtskarte, Auszug aus der Eisenbahnverkehrsordnung, Personen- und Gepäcktarifen, Verzeichnis der Sommerfahrten, Bäder und Kurorte nebst ausführlichen Reisewegen u. a. ist erschienen und wird den hiesigen Abonnenten der

„Saale-Zeitung“
zum Vorzugspreise von 15 Pfg.
zur Verfügung gestellt.

Unsere geschätzten Post-Abonnenten offerieren wir das Fahrplanbuch bei direktem Bezug von uns einschließlich portofreier Zusendung zu 25 Pfg.

Das bereits erschienene und allbeliebte Kursbuch erfüllt die weitestgehenden Anforderungen; es umfaßt ca. 290 Seiten in handlichem Format und ist mit geeignetem Umschlag versehen.

Bestellungen nehmen entgegen unsere Boten sowie die Expedition dieser Zeitung, Gr. Brauhausstraße 17.

Als Nachtrag zu der Beamten-Versammlung

in den Thatsachen, die am Sonntag unter Beteiligung mehrerer Hundert Beamten stattfand, bringen wir heute noch einiges aus den Ausführungen des Herrn Oberbauratsherrn Krüger, der nach Herrn Landtagsabgeordneten Deltus sprach.

Die deutschen Regierungen, in erster Linie die preußische Regierung, haben zur Änderung und zur Anwendung des augenblicklichen Rechts, welches, wenn nicht länger, sicher doch bis Mitte nächsten Jahres anhalten wird, verschiedene Maßnahmen getroffen. So viel bis jetzt bekannt, ist es von allen Zweigen der staatlichen Betriebe, besonders die Staatsbahnverwaltung, welche, wie man zu sagen pflegt, als „mischende Kuh“ gehalten wird, neben der Staatsbahnverwaltung ist es zunächst die Domänen- und Forstverwaltung, welche in Frage kommt bezüglich billiger Streumittel und Walzweide. Wir wollen auch nicht unterlassen, der Regierung für die schnell getroffenen Notstandsmaßnahmen zu danken, obgleich sie von vielen Seiten nur als harte Maßregeln angesehen werden, wenn die Zollverwaltung in die Notstandsmaßnahmen nicht mit einbezogen wird. Daß diese Ansicht immer weitere Verbreitung und Anerkennung findet, beweisen u. a. die Ausführungen gelegentlich der Lenungsdebatten sehr, sehr vieler städtischer Verwaltungen, welchen sich neuerdings auch eine gelehrte Verwaltung — die Hamburger Bürgerstadt — fast einstimmig angeschlossen hat.

Vielleicht könnten vorübergehend auch die städtischen Verwaltungen durch eine Ermäßigung der Schlachthofgebühren eingreifen.

Eine angemessene, durchaus nicht äppige Ermäßigerungsweise ist die Grundfrage der Volksgesundheit. Und auf dieser wieder beruht nicht zuletzt die Kraftentfaltung der deutschen Nation, so daß die Verlegung besonders der unteren und mittleren Volksschichten mit ausreichenden und billigen Nahrungsmitteln auch als wichtigste nationale Angelegenheit anzuprehen sein dürfte, von der Befämpfung der schlimmsten Volkstrastheit (der Tuberkulose) ganz zu schweigen.

Eine andere Frage hat der Herr Oberbürgermeister Dr. Rie in der Stadtverordneten-Sitzung vom 18. September bereits gestreift. Er sagte u. a. folgendes: „Es fragt sich auch, ob die Frachtermäßigungen — Preisermäßigungen für die betreffenden Artikel zur Folge haben. Wir möchten diese Neuverteilung nicht unterstreichen, wenigstens zu dem Zwecke, die Konjunktur möglichst hart aufzufahren. Allerdings behauptet der Zwischenhandel, daß der scharfe Wettbewerb schon selbst dafür Sorge, daß die Bezugspreise für die in der Stadt ermäßigten und andere Artikel

ihon entsprechende seien. Um einwandfreie Ermittlungen und ausreichende Aufklärung der gesamten Preisverhältnisse würden die statistischen Aemter sich verdient machen können. Abgesehen von den neueren Frachtermäßigungen für bestimmte Düngeartikel, Futtermittel und Lebensmittel (Kartoffeln, frische Seefische, Margarine) dürfte gerade der letztere Jahre geltende Fleischsalzabnahmefür geeignetes Material zur Preisermäßigung bieten. Nebenbei bemerkt, besitzen die staatlichen Betriebe schon weitgehende statistische Aufzeichnungen darüber. Wir kommen zu dieser Seite am liebsten am liebsten in der Entscheidung freier, an sich begünstigten Zusammenfassungen der Produzenten und der Zwischenhändler erster und zweiter Instanz, und ungeachtet unferes Grundgesetzes: „Leben und leben lassen“.

Sollte es auch in Deutschland dahin kommen, daß aus dem überseeischen Ausland (Argentinien ujm.) gefrorenes Fleisch eingeführt werden muß, so möchte man rechtzeitig dafür sorgen, daß diese gute Licht nicht hinjüngig gemacht wird, durch die von interessierter Seite gemachten Begleiterverrichtungen, wie z. B. im südlichen Nachbarlande Dänemark. Wünschen und bitten möchten wir aber dringend, daß unser nördl. Nachbarland (Dänemark, Schweden, Norwegen) die Versorgung Deutschlands speziell mit lebendem Vieh und frischem Fleische weiterhin nicht so erheblich einschränkt.

Die Minderung der Kaufkraft des Geldes wird am sichtbarsten dem Zeit unserer Einwohner, welcher auf feste Bezüge angewiesen ist. Zweifellos gehören hierzu besonders die geringer besoldeten Beamten des Reiches, des Staates und der Gemeindeverwaltung einschließlich der Lehrerschaft, für die es ausgeschlossen ist, ihr Einkommen durch Aufschläge ujm. zu verbessern. Wir wollen wünschen und hoffen, daß es den Genannten nicht so ergeht, wie oft den auf fest umgrenzte Bezüge angewiesenen Arbeitern und Hilfsbeamten dieser Verwaltungen, bezüglich welcher die „Erwägungen“ mitunter oft recht lange zu dauern pflegen. Noch immer gilt der Satz: „Wer schnell hilft, hilft doppelt!“

Abholung von Paketen in der Wohnung.

Den Paketbesitzern dürfen auf ihren Bestellschein Pakete ohne Wertangabe zur Abgabe bei der Postanstalt übergeben werden. Es ist auch gestattet, bei der Postanstalt die Abholung von Paketen aus der Wohnung schriftlich zu befehlen. Für derartige Befehlschreiben oder Beschlüsse wird keine Gebühr erhoben; sie können in die Briefkästen gelegt oder den besetzenden Boten mitgegeben werden. Die Paketbesitzer nehmen die Pakete entweder innerhalb der Häuser selbst, welche sie zum Zwecke der Befestigung der Abholung betreten, oder an benutzten Stellen entgegen, wo ihr Fuhrwerk jeweilig hält. Für jedes mitgenommene Paket wird eine Gebühr von 10 Pfg. erhoben.

Gesängergesellschaft. Das eben erschienene (27.) Jahrbuch der Gesängergesellschaft für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt enthält wieder eine Fülle des Bedeutsamen. „Strafe und prophylaktische Maßnahmen zur Bekämpfung des Verbrechens“ wird von Herrn Landgerichtsrat Dr. von Holtzen-Waldenburg, und „Die religiöse Einwirkung auf die kurzfristigen Gefangenen“ von Herrn Kaplan Albus-Stöcker und Herrn Warrer Eppert-Zeh behandelt. „Ueber Jugendpflege nach dem Winterferienbericht vom 18. Januar 1911“ berichtet Herr Bujak, Vizepräsident des Jugendfürsorgeamtes zu Magdeburg, desgleichen über „Die Durchführung des Wanderverblichensammlungs vom 29. Juni 1907 in der Provinz Sachsen“ Herr Dr. Paul Dornitz-Waldenburg. Die einen Beitrag von 3 Mark zahlenden Mitgliedern erhalten das Jahrbuch unentgeltlich. Für Andere ist das Jahrbuch wie auch einzelne der Beiträge im Buchhandel oder in der Geschäftsstelle, Karlstraße 16, zu haben.

Provinzialnachrichten.

Erbauung einer Stadthalle.

Naumburg, 3. Okt. In der nächsten Stadtverordnenversammlung steht ein Punkt zur Verhandlung: Erbauung einer Stadthalle. Der Magistrat hat eine entsprechende Vorlage vorgelegt, von der Ansicht ausgehend, daß ein moderner Saalbau für unsere Stadt schon lange Bedürfnis ist. Als Ort dafür ist die Umgebung des Bürgergartens auszuweisen, und es ist, durch Vermittlung und im Auftrag der hiesigen dauterwärtlichen Anwaltschaft, ein Plan von einem Kinde unserer Stadt, dem Architekten Weidner in Weimar, ausgearbeitet worden, bei dem der Saalbau des Magistrats geschildert ist.

In der richtigen Erwägung, daß von den Bürgergartenanlagen möglichst nichts weggenommen werden soll, ist der Plan so angelegt, daß der Bau sich nördlich von dem jetzigen Wirtschaftsgebäude (zum Teil wohl an dessen Stelle) auf dem kleinen Plateau erheben soll. Der Hauptsaal soll etwa 800, mit Benützung eines Hofraums etwa 1200 Personen fassen.

Vom Förster nachschon.

Wernigerode, 2. Okt. Gestern nachmittags gegen 4 Uhr traf ein Förster, Jagdbesitzer mit einem Wildbiel in der Drifeder Feldjagd zusammen. Der Beamte rief ihm zu, er solle das Gewehr ablegen. Der Widerer legte auf den Beamten an und sprang hinter einen Weidenbaum, um sich zu bedecken; der Beamte schuß. Die Kugel traf den Widerer so schwer, daß sein Tod bald eintrat.

Schluß der Hygiene-Ausstellung.

Dresden, 30. Sept. Die Internationale Hygiene-Ausstellung soll nach Mitteilung der Geschäftsleitung am 31. Oktober geschlossen werden.

Breslau, 3. Okt. (Die hiesige Zuckerfabrik) beginnt ihre Kampagne am Dienstag, den 17. Oktober.

Leipzig, 2. Okt. (Die Lebensmittelsteuerung) hat auch den Magistrat beschäftigt. Er hat beschlossen, probemische Kartoffeln zu beziehen und sie zum Selbstkostenpreise an die minderbemittelte Bevölkerung abzugeben. Die Verhandlungen über die Preisfrage befinden sich noch in der Schwärze.

Leipzig, 30. Sept. (Einweihung der Loge). Der Neubau der Freimaurerloge „Victoria zur beglückenden Liebe“ in der Juppelstraße ist nunmehr bezogen worden. Gestern hat die feierliche Einweihung unter zahlreicher Beteiligung von nah und fern stattgefunden.

Merhan, 3. Okt. (Seitenschindler). Der Schweizer Weig hatte vor einiger Zeit ein Fräulein Sch. von hier, das auf Rittergut Hausb. bewohnt war, kennen gelernt. Beide hielten sich seit einiger Zeit bei den hier wohnhaften Eltern der Sch. auf, um Vorlesungen zur Hochzeit zu treffen. Weig hatte Möbel im Werte von 500 Mark bestellt und seiner Frau annähernd 130 Mark abgefordert. Als er auf dem Stammsamt zum Aufgebot erschien und die dazu erforderlichen Einzahlungspapiere nicht be-

bringen konnte, schloß man Verhaft. Man zog Erhebungen ein. Es stellte sich heraus, daß H. schon manches auf dem Kerchholz hatte, auch verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist. Er wurde, nachdem er von einer kleinen Reise zurückkehrte, an seinem angelegten Doppelstange, von dem schon das Maß für 50 Personen bestellt war, auf Hufeisen verhaftet.

Uebd. 1. Ott. (Aufsehererzogene Verhaftung.) Durch den hiesigen Genotmann wurde in der Freitagnacht vier ein 23jähriger Polnischstämmiger Verhaftet, der im Verbotssitz, verschiedene Einträge auf dem Kerchholz zu haben. Vermutlich soll es dieselbe Person sein, die nur kurzem in Schwere verschiedene Einträge vertriebt. Der Verhaftete wurde gestern dem Amtsgericht in Merseburg angeklagt.

Schönb. 2. Ott. (Die Typhus-Erkrankungen.) In unserer Stadt greifen wieder um sich. Gestern mittag mußten drei Erkrankte aus dem Hause Petersstraße 4 nach dem städtischen Krankenhaus transportiert werden.

Keipzig, 2. Ott. (Geheimrat Zweigler.) Langjähriger Präsident der ersten Ständekammer Sachsens, ist, 71 Jahre alt, gestorben. Der Verstorbene war Teilhaber der Bergengroszirma J. C. Gottlieb.

Döpper, 1. Ott. (Selbstmordversuch eines Schülers.) Ein Schüler des Hiesigen Seminars brachte sich durch einen Selbstmord in die Länge eine schwere Verletzung bei. Er hatte sich bei der Prüfungsarbeit eine Unachtsamkeit zu schulden kommen lassen und erhielt nach der den Schülern bekannten Ordnung dafür im stiftlichen Verbalten die Zeitur 2a. Damit wogte er nicht vor seinen Vater zu treten.

Gerichtsverhandlungen.

Die Unterschlagungen des Malzfabrikdirektors Döpper.

Stenb. 2. Ott. Heute früh begann vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts zu Genetal die Verhandlung gegen den Fabrikdirektor Theodor Adolf Döpper der Stendaler Malzfabrik, A.-G., der am Abend des 17. Mai wegen umfangreicher Unterschlagungen auf Antrag der hiesigen Staatsanwaltschaft verhaftet worden war. Nach dem letzten Geschäftsbericht, der im November 1910 auf der Generalversammlung der Aktionäre erachtet worden war, belief sich der Reingewinn auf 870,43 Mark. Zur Verteilung gelangten 7200 Mark, gleich 4% Prozent Dividende. In den Jahren 1908 und 1909 wurden je 5 Prozent Dividende gezahlt. Bald nach der Verhaftung des Direktors Döpper wurde das Kontostammverfahren über die Malzfabrik eröffnet. Im Jahre 1907 kam der Angeklagte nach Stendal, wo er mit seinem Bruder unter der Firma „Gebr. Döpper“ bis 1893 eine Brauerei betrieb. Im Jahre 1901 wurde aus der bisherigen Döpperischen Firma die Malzfabrik, Aktiengesellschaft, gegründet. Obwohl die Aktiengesellschaft mit Verlust arbeitete, rechnete Direktor Döpper Jahr für Jahr große Gewinne heraus. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten mehrfach Remunerationen, er selbst Tantiemen und die Aktionäre Dividenden. Der Gesamtverlust der Aktiengesellschaft betrug 78,906,33 Mark, trotzdem gelangten zur Auszahlung 60,000 Mark Dividende, 3470 Mark Remunerationen und 1943 Mark Tantiemen. Nachdem er zuerst der Kasse Barabträge entnommen, lombardierte er später ohne Vorwissen der Gesellschaft Malzgerate. Verschleissdosen beging er in großem Umfange: 50 Füllungen werden ihm zur Last gelegt.

Als Zeuge wird vor der Vorlesende des Aufsichtsrats der Malzfabrik, Bantzer Fr. Nagel, vernommen. Der Aufsichtsrat hat die langwierigen Verhaftungen des Angeklagten nicht befähigen können. Sachverständiger Richter Dr. Reimold bezeugt, daß die Malzfabrik bereits 1905 mit 7,450,000 Mt. u. d. e. u. b. i. d. e. t. n. f. e. l. Nach der Befragung des Sachverständigen Reimold wurde die Gesellschaft bereits 1903 den Konkurs anmelden. Der Vertreter der Anteilhaber beauftragte wegen Urkundenfälschung 1 Jahr Gefängnis, 1000 Mark Geldstrafe, wegen falscher Bilanzstellung 6 Monate Gefängnis und 300 Mt. Geldstrafe, wegen Verschleissdosen 1 Jahr Gefängnis und wegen Unterlassung der Konkursanmeldung 1 Monat Gefängnis und 100 Mt. Geldstrafe, zusammengezogen auf 3 Jahre Gefängnis, 1400 Mark Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust. Nach langer Beratung verurteilte der Vorlesende das Urteil: der Angeklagte wird verurteilt zu drei Jahren Gefängnis, 1400 Mark Geldstrafe bezw. für je 10 Mark 1 Tag Gefängnis, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren und zur Tragung der Kosten des Verfahrens. Der Angeklagte verzichtete auf Einlegung von Revisionsmitteln und nahm die Strafe sofort an.

Kunst und Wissenschaft.

Zum 70. Geburtstag Geh. Rat Credners. Aus Anlaß des 70. Geburtstages Geheimrat Credners (Weizsig) überreichte Geheimerat W. A. Haffke (Berlin) eine Adresse der deutschen Geologischen Gesellschaft sowie eine Sammlung früherer Schüler und Freunde Credners im Betrage von 20,000 Mt. als „Hermann Crednerfestung“ zur Förderung der geologischen Wissenschaft.

Franz Adam Benedikt läßt jetzt das 250. Tausend seines Romans „Jena oder Sedan“ als Jubiläumsgabe in 1000 nummerierten Exemplaren erscheinen. Reichliches Bezugsrecht gibt Benedikt der Jubiläumsgabe zum Geleit mit: „Vor mehr als acht Jahren ist die erste Auflage von „Jena oder Sedan“ erschienen und seitdem sind eine Viertelmillion Exemplare gedruckt und gelesen worden. Dieser außerordentliche Erfolg des Buches bezeugt, welche ungeminderte Teilnahme, welche unermüdliche Sorge das deutsche Volk seinem Heere zuwendet. Dem Verfasser liegt es ob, der vorliegenden 250. Auflage ein Wortwort auf den Weg zu geben. Er hat über die Jahre hinweg dem Gegenstand, den er einst ungemüht und mit hellem Herzen zur Diktation stellte, die harte Leinwand einer ersten Liebe gewandt. Wenn er sich auf diesem Gebiet ein Verdienst zuschreiben zu dürfen meint, ist es dies, den spröden Stoff weitesten Kreisen mündigergemacht zu haben. Im übrigen steht er mit reinem Vergnügen die lebendige Vernunft überall auf dem Marsche, in entsprechendem Tempo natürlich, auch auf den langsamlich verhängen Engpässen des Heroldens: Jeer um Flotte immer weniger buntes Spielzeug, immer mehr großes Werkzeug, wie es weiteren nächsten Tagen angehen will. Er hat über den frühlichen Optimismus, das — in Jahrsunter, freilich erst — die Nachkommen ähnlich sich über unsterblichen Zeitalter vermerken werden, wie sie Zeitgenossen über die Vorfahren, die mit Feuersteinwerkzeugen hantierten, während längst schon der Strom des Eisens ungehindert und ungehindert in den Adern der Erde fließt.“

Die **Vollausgabe des „Hermann“** Goethes wird bereits Mitte Oktober im Verlage von J. G. Cotta erscheinen.

Die **Deutsche Romanbibliothek**. Die bisher von der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart herausgegebene **Deutsche Roman-**

Bibliothek ging in den Besitz von Otto Janke-Berlin über und wird mit dessen Deutscher Roman-Zeitung verknüpft unter dem Titel **Deutsche Roman-Zeitung und Roman-Bibliothek**.

Bühnenchronik.

Mit großer Spannung erwartet man in Moskau die Eröffnung der Tolstois „Lebender Leiche“ im dortigen „Künstlertheater“. Die Inszenierungen des Moskauer Künstlertheaters gehören zu den Sensationen des Landes. In diesem Falle ist das Interesse besonders auf die Aufführung gelenkt, da es sich um ein Werk von Tolstoi handelt, das noch nie gedruckt erschienen war und erst nach der Erlaubnisführung des Künstlertheaters in Moskau und im Auslande erschienen darf.

Luftschiffahrt.

Die nationale Flugwoche in Johannisthal.

Das Gesamtresultat der Flugwoche stellt sich, nach der „A. Z. a. M.“ im wesentlichen wie folgt:

Im Fluggewerbetriebe ist mit einer Gesamtflugdauer von 13 Std. 19 Min. der Albatros-3 Weidener mit 10 PS Argus-Motor (Milliätryp) von Alfred Pletscher siegreich geblieben vor der Kumpfer-Taube (70 PS. Daimler-Motor) von Josef Gubelst, der eine Flugzeit von 11 Stunden 56 Min. hatte. An dritter Stelle steht der Harlam-Gewinder mit hundertpferdigem Argus, den Hoffmann und Grulich abwechselnd flogen, mit 10 Stunden 15 Min. Dann kommt wieder eine Kumpfer-Taube (Flüherer Fr. Meiß Weise und Firth) mit 9 Stunden 30 Minuten.

Auch im Fliegerwettkampfe ist Pletscher mit 13:19 Sieger geblieben vor Gubelst (Kumpfer-Taube) 12:14. Dann folgt Gustav Witte mit 11:10. Den vierten Platz hat Meiß Weise (Kumpfer-Taube) behauptet mit 9:22 vor Dipl.-Ing. Grulich (Harlam) mit 8:57. Mit 7:32 folgt der Grabelflieger Kabut, hinter dem im Gesamtklassement der verunglückte Korvettenkapitän Engelhard folgt mit 7 Stunden 16 Minuten. Es hat der Pilot der hiesigen Flugzeugschule Deterich erlitten, 5:12 der Grabelflieger Schwandt, 5:08 Schirmreiter, der einen Zweidecker der hiesigen Flugzeugschule flog. Mit 5 Stunden Flugzeit hat Referendar Caspar (Kumpfer-Taube mit Argus-Motor) und Schandauer (Wright) gleich klassifiziert. Der junge Sandwisch hat mit 4:17 ein immerhin noch gültiges Resultat erreicht. Mit geringeren Zeiten haben die Grabelflieger Wertheim, Noelle, Koeper und Steinbeck, ferner v. Gorffien, Otto, Dr. Effner und Schulze hintenan.

Vermischtes.

Die Sturmshäden in der Nordsee.

Aus Rotterdam, 3. Oktober, wird dem „Tag“ gemeldet: Nachdem viele unterbrochene telefonische und telegraphische Verbindungen wieder hergestellt worden sind, bekommt man erst allmählich ein Bild der Verheerungen des Sturmes. In der Rüste des Meeresarmes, der die Grenze zwischen den Provinzen Südholland und Gelderland bildet, scheiterten allein 45 Dampfschiffe, Schlepper und mit Deutschland und Belgien verkehrende Rheinfähren. Die Besatzungen dieser 45 Schiffe sind fast sämtlich unversehrt. Bei Steenberg wurden gestern achtundzwanzig Leichen angepöbel, darunter fand man die Leiche einer Mutter, die ihr Kind an ihre Brust gebunden hatte. Die Königin wird sich heute nach Brüssel begeben. — Am 1. d. M. wurden, wie infolge der Untersuchung der Verhandlungen mit einem Teile der Provinz Zeeland erst nachgefragt eingetroffen sind, belagert, daß von 130 Booten der Reichsflottenflotte des Dorfes Brantwie während des Sturmes am Sonntag 120 verloren gegangen oder stark beschädigt worden sind.

Europas Gemütemarkt. Einen interessanten Ueberblick über die Gemütemarkt der europäischen Staaten gibt eine Statistik, die in der „Agriculture commerciale“ veröffentlicht wird. Dabei zeigt es sich, daß Deutschland in Europa der weitest stärke Abnehmer für ausländische Gemüteprodukte ist, ja es bezieht jährlich mehr als doppelt so viel Gemüte aus dem Auslande als England, das in der Statistik als der zweitstärkste Gemütekonsument erscheint. Die Zahlen ergeben bei Deutschland eine jährliche Obst- und Gemüteeinfuhr von 209,000 Tons, während England nur 94,000 Tons im Auslande kauft. An dritter Stelle steht die Schweiz mit 47,000 Tons, es folgen Dänemark mit 37,000, Belgien mit 28,000 und Frankreich mit 25,000 Tons. An der Statistik der Gemüte- und Obstausfuhr dagegen führt England mit nicht weniger als 150,000 Tons, Frankreich und Belgien folgen mit 72,000 und an dritter Stelle steht Dänemark mit 71,000, in welcher Zahl stellen die Durdgangsverkehre nicht eingeschlossen sind. Es folgen Italien mit 47,000 Tons, Spanien mit 12,000 und Dänemark mit ebenfalls 12,000 Tons. Deutschland ist also weitest der stärkste Gemüteeinfuhrer Europas; ein Vergleich mit früheren Jahren zeigt auch, daß die Einfuhr ausländischer Gemüte und Obstes in Deutschland sich in aufsteigender Linie weiterbewegt, während man in England einen Abgang des Importes feststellen kann.

Gefälteste Banknoten als Trauergeld. Ein eigenartiges Vergehen, gefälteste Banknoten an den Mann zu bringen, hat ein Gaunerpaar in Chicago mit bestem Erfolg in die Verbrechenpraxis eingeführt. Vor einigen Tagen erschien in der Wohnung eines der betamteiten Chicagoer Geßlichen ein junges Brautpaar, das unter Vorlegung der Heiratsurkunde um Vollziehung der Trauung bat. Der Geßliche entsprach auf der Bitte und traute das Brautpaar in seinem Empfangszimmer, was in Amerika als eine durchaus legaler Brautpaar zu gelten hat. Nach der Geßlichung erklärte der frischgebackene Ehemann, daß er dem Geßlichen als Trauergeld 30 Dollars zugebucht habe, daß er aber leider nur eine 50-Dollarnote bei sich habe und beschaf bitten müße, ihm den Schein zu wechseln. Der Geßliche tat das auch bereitwillig und gab 20 Dollars heraus, mußte aber bald die Entdeckung machen, daß ihm der Gauner mit einem gefältesten 50-Dollarschein hinterlistig hatte. Durch die eingeleitete Untersuchung kam es erst heraus, daß das laubere Mädchen den gleichen Trick vorher schon bei etwa fünf Geßlichen mit gleichem Erfolg zur Anwendung gebracht hatte. So handelt sich auf ungewöhnlich um Mittelsteute von Banknotenfälschern, die auf diesem gewich noch ungewöhnlichem Wege die falschen Scheine abgeben.

Bäder und Kurorte.

Bad Nauheim. Der Verein der Kurorte und Mineralquellen-Interessenten Deutschlands, Ostreichs-Ungarns und des Schweiz

wurde am 25. September vom Vorstehenden, Prof. Dr. Hing-Wiesbaden, eröffnet. Geheimrat Oberberger Dr. Lepsius-Darmstadt sprach über die Thermalprudel von Bad Nauheim. Senatrat Dr. Becke Bad Nauheim erläuterte die Indikationen der Nauheimer Quellen. Dr. Grünwald-Wiesbaden behandelte seine Forschungen auf dem Gebiet der Radioaktivität. Dr. Hornstein Berlin die Ueberleitung der Quellsen und Kurort-Industrie durch Aufstellungen, Dr. von der Heide, Assistent am Tierphysiologischen Institut Berlin die Folgerungen für Verste und Interoeffekten aus physiologischen und chemischen Untersuchungen der Kohlenäure in natürlichen Mineralquellen. Dr. jur. Gert, Syndikus der Handelstammer in Koblenz, gab einen Ueberblick über die jetzt bestehende Geologie auf dem Gebiete der Nahrungs-mittelweins. Es folgte eine Diskussion. Es wurde der Grundtag angefaßt, daß als natürliches Mineralwasser (Heil- oder Tafelwasser) nur solches Mineralwasser bezeichnet werden darf, das keiner willkürlichen Veränderung unterzogen wird. Das abgefüllte Wasser darf in seiner Zusammenlegung gegenüber dem Wasser der Quelle nur insofern Abweichungen zeigen, als dies durch die Natur ihrer Bestandteile bedingt ist. Wird abgefülltes Mineralwasser als Wasser einer bestimmten benannten Quelle bezeichnet, so muß es in seiner Zusammenlegung derjenigen der benannten Quelle entsprechen.

Letzte Nachrichten.

Deutschlands Vermittlerrolle.

Berlin, 3. Ott. Wenn von verschiedenen Vätern die Nachricht gebracht wird, Deutschland vermittele zwischen Japan und der Türkei, so trifft, wie hiesige Telegraphenbureau von offizieller Seite erfährt, dies nur insofern zu, als das Deutsche Reich von Anfang an auf beiden Seiten zur Mäßigung geraten hat und hierin auch heute noch fortfährt. Von einer förmlichen Intervention in diplomatischen Sinne kann aber bei dem heutigen Stande der Sache keine Rede sein.

Unkündlichkeit der französischen Regierung.

Berlin, 3. Ott. Die Marokkangelegenheit nimmt ihren ruhigen Verlauf. Es wird über die Reduktion einzelner Paragraphen hin- und herdiskutiert. Eine gewisse Verzögerung, so erfährt hiesige Telegraphenbureau an zuständiger Stelle, ist in den Verhandlungen durch den schleppenden Geschäftsgang in französischem Kabinett eingetreten, bei dem jede kleine reaktionelle Frage erst durch die Bureaus geht und dann noch Gegenstand eingehender Ministerialberatungen bildet, während die deutschen Antworten stets prompt erfolgt sind. Auf die materielle Seite der Sache hat die Verzögerung aber keinen Einfluß.

Bezahlfertigung der deutschen Fesente.

Berlin, 3. Ott. Dem Louis hiesigen Telegraphenbureau wird aus Christiania von amtlicher Seite folgendes mitgeteilt: Die norwegische Regierung hat die Preisfeste gegen die deutsche Flotte und die dabei zutage getretenen Schwächen über einzelne Vorgänge beim Besuch deutscher Kriegsschiffe in norwegischen Häfen zum Anlaß genommen, eine genaue Untersuchung über die zur Sprache gekommenen Anschuldigungen einzuleiten. Diese Untersuchung ist nunmehr abgeschlossen und hat ergeben, daß weder das Vorgehen der deutschen Marinebehörden noch das Verhalten der Besatzungen der einzelnen Schiffe, sowohl was die Offiziere wie die Mannschaften anlangt, Anlaß zu irgendwelchen Klagen gegeben hat. Das Resultat der Untersuchung ist von der norwegischen Regierung amtlich der deutschen Reichsregierung mitgeteilt worden.

Wilhelm Dilthey †.

Bogen, 3. Ott. In der vergangenen Nacht ist hier der bekannte Berliner Gelehrte, der Philosoph Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Dilthey im 78. Lebensjahre gestorben.

Zur Anerkennung der portugiesischen Republik.

Berlin, 3. Ott. Der portugiesische Geschäftsträger, dessen Regierung nunmehr auch von Deutschland anerkannt ist, hat heute sein Einführungs schreiben beim Auswärtigen Amt überreicht.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Diensttelle 11 men a. Diensttag, 3. Ott., 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Ein zweites Tief folgt dem ersten heute über Schweden liegenden nach, wodurch Fortdauer des veränderlichen, heuchten Wetters und zeitweise lebhafter Wind zu erwarten sind.

Witterungsaussicht für den 4. Oktober:

Zeitweise lebhafter Wind, wechselnd bewölkt, Regentfälle, kühl, Temperatur wechselnd.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.) (Stadtrath verordnet.)

5. Oktober: Windst. heftig, normal, später Regen.
6. Oktober: Wind, mäßig mit Sonneneinstrahlung, frühzeitig Regen.
7. Oktober: Veränderlich, kühl, lebhafter Wind.

Wetterung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den polnischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil: für Provinzial-Ansichten, Gerich, Handel; Eugen Winkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Wietner; Heulstein, Vermischtes u. v. Martin Feuchtwanger; für den Inlandteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Main table containing financial data, stock prices, and market information. Includes columns for various securities, prices, and exchange rates.

Vertical text on the right edge of the page, possibly containing additional market news or advertisements.